REDE VON LOTHAR KLEIN
idZMR

Hallo

Als ich 18 Jahre alt war, haben wir in unserer Schülerzeitung Artikel gegen die Wehrpflicht, den Vietnamkrieg und den §218 veröffentlicht. Gebannt habe ich damals auf die Studentenbewegung geblickt, hatte schulterlanges Haar, war von den Rolling Stones begeistert. In die Demokratie, die mir das alles ermöglicht hat, war ich einfach hineingeboren. Sie war so selbstverständlich wie Tag und Nacht.

Heute bin ich 76 und erlebe, dass ich mich getäuscht habe. Der Schock nach den Wahlergebnissen letzten Sonntag sitzt tief. Und wer weiß, was uns am kommenden Sonntag erwartet. Vielleicht wieder über 40% für die AfD?

Im Herbst 2025 veröffentlichte die AfD einen Masterplan für die Zeit bis zur nächsten Bundestagswahl. Darin beschreibt sie ihr Vorgehen detailliert.

Die wichtigste Seite trägt die Überschrift "Brandmauer stürzen: lagerübergreifende Koalitionen verhindern".

CDU nach rechts drängen, SPD und Grüne nach links, Bundesregierung spalten.

Die AfD will vor allem die CDU entlang der Brandmauerfrage zerstören.

Mit einer dann gespaltenen CDU (und ein wenig BSW) ließe sich auch die Bundestagswahl 2029 gewinnen.

Noch am Wahlabend in Sachsen-Anhalt tönte Frau Weidel, die CDU werde nie wieder eine Wahl gewinnen und erklärte die Regierungsübernahme im Bund für sicher.

Wer will also heute seine Hand dafür ins Feuer legen, dass das nicht wirklich passiert?

Siegestrunken schwafeln AfD-Größen inzwischen sogar von der absoluten Mehrheit auch im Bund. Mir wird jedenfalls himmelangst, wenn ich an 2029 denke.

In unserer Initiative fragen wir uns immer, ob es nicht besser wäre, positiv zu formulieren, wofür wir eintreten. Wir wollen Hoffnung machen statt Angst. Da ist etwas dran.

Es ist aber auch etwas dran, sich über die tatsächliche Bedrohungslage im Klaren zu sein. Und die ist so hoch wie nie!

Wir haben heute schon viel darüber gehört, was eine AfD-Regierung konkret vorhat.

Deswegen empfehle ich allen, unbedingt selbst einen Blick in das sogenannte Regierungsprogramm der AfD-Sachsen-Anhalt zu werfen. Es ist im Internet frei zugänglich.

Hier noch ein paar weitere Schlaglichter daraus:

- Schüler*innen und Lehrer*innen sich an Schulen plötzlich privaten Wachdiensten ausgesetzt sehen werden, wenn sie sich gegen Rassismus wenden,
- Kulturschaffende zu einer sog. „echten patriotischen Kultur“ verpflichtet werden,
- Von Menschen in Vereinen eine „Patriotismuserklärung“ gefordert werden soll, um weiterhin finanzielle Unterstützung zu erhalten,
- Vor allem junge Menschen von legalisierten Bürgerwehren belästigt würden und
- Den großen Kirchen, ebenso wie Demokratieprojekten sämtliche finanzielle Leistungen des Landes gestrichen werden soll.

Mindestens vier Dinge sollten wir sofort tun:

1. Nicht schweigen, wenn wir Menschenverachtendes hören.
2. Von den demokratischen Parteien eine sozialere und gerechtere Politik fordern.
3. Einer zivilgesellschaftlichen Initiative beitreten oder selbst eine gründen.

und aus meiner Sicht am wichtigsten:

4. Sich für ein für ein Verbot der AfD einsetzen!

Was es braucht, sind mutige Politiker*innen im Bundesrat oder im Bundestag, die endlich einen Verbotsantrag an das Bundesverfassungsgericht stellen.

Sie sollten sich vielleicht daran erinnern, dass uns der Schrecken der Jahre 1933-1945 erspart geblieben wäre, wäre 1930 die damalige Reichsregierung einem Verbotsantrag preußischer Beamter gegen die NSDAP gefolgt. Den gab es nämlich.

Inzwischen fordern auch namhafte Politiker*innen wir Boris Pistorius (Bundesverteidigungsminister) Cem Özdemir (Ministerpräsident BaWü), Mona Neubaur (stellv. Ministerpräsidentin NRW) ein Verbot, und Henrik Wüst (Ministerpräsident NRW) und Andy Grote (Vorsitzende der Innenministerkonferenz) regen immerhin eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe zum verfassungsrechtlichen Umgang mit der AfD an.

SPD, Linke und Grüne haben auf ihren Parteitagen beschlossen, sich für ein AfD-Verbot einzusetzen.

Schleswig-Holstein, Berlin, Hamburg und Bremen wollen eine solche Initiative im Bundesrat unterstützen.

Fast 1,7 Millionen Unterschriften unter entsprechende überregionale und regionale Petitionen fordern bisher ein Verbot.

In 15 Bundesländern finden monatliche Demonstrationen für eine Überprüfung statt.

Die Demokratie muss nun endlich die Mittel einsetzen, die ihr das Grundgesetz gegeben hat.

Wer glaubt, es wird schon nicht so schlimm werden, die Gerichte werden die AfD schon stoppen, hat den Ernst der Lage noch nicht begriffen. Wie Trump, der über all das einfach hinweggefegt ist, wird das auch die AfD versuchen.

Sie wird erst einmal Fakten schaffen, das gesellschaftliche Klima nach rechts drängen, dabei die Öffentlichkeit weiter einlullen und dann weitersehen!

Wir können also nicht warten.

Weder auf die Gerichte, noch auf eine bessere Politik.

Die Widerstandsfähigkeit der Demokratie wird maßgeblich auch von unserem Engagement als Zivilgesellschaft abhängen.

Im Moment gilt es, denen beizustehen, die Angst haben müssen, nun unter die Räder zu kommen.

Vielleicht ist es auch gut, uns schon jetzt das Bild einer gestärkten und lebendigeren Demokratie auszumalen, die wir haben werden, wenn wir die aktuelle Gefahr erst einmal beseitigt haben.

Vor allem aber müssen wir dranbleiben,

mehr werden und

gut organisiert sein.

Auch wir nehmen jetzt schon 2029 in den Blick.

Denn es kann gut sein, dass es dann bereits um alles geht.